

## NIEDERSCHRIFT

### über die öffentliche/nicht öffentliche gemeinsame Sitzung des Kulturausschusses und des Schul- und Sportausschusses

am 03.11.2015

Pausenhalle der Staberger Gymnasien

#### Anwesend:

#### Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis 90/Die Grünen	Vertreter für Herrn Matthias Wagner
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis 90/Die Grünen	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsherr Güner Cebir	SPD	Vertreter für Ratsherrn Rolf Breucker
Ratsfrau Michaela Dötsch	CDU	Vertreterin für Ratsfrau Ingrid Fischer
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Lothar Hellwig	SPD	Vertreter für Ratsherrn Sebastian Wagemeyer im Schul- und Sportausschuss
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	Vertreter für Frau Martina Kunze
Ratsherr Timothy Kahler	CDU	
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Barbara Tümsmeyer
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsfrau Monika Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid	
Ratsherr Peter Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	gleichzeitig Vertreter für Ratsherrn Rüdiger König im Schul- und Sportausschuss
Herr Gerhard Ameln	FDP	
Frau Brunhilde Gromball	FDP	
Herr Jamel Hellwig	SPD	
Herr Martin Kahler	CDU	
Herr Bernd Kaiser	SPD	Vertreter für Ratsfrau Verena

Herr Theodor Klein	DIE LINKE.	Szermerski-Kasperek
Frau Magdalena Schulte	CDU	
Frau Anette Schwarz	FDP	
Herr Andreas Stach	Bündnis	ab 17:20 Uhr
90/Die Grünen		
Herr Jean-Luke Thubauville	CDU	
Frau Helga Poimann	Fraktionslos	

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos	
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos	ab 17:10 Uhr
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos	
Herr Peter-Paul Marienfeld	Fraktionslos	
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos	

**Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Frau Nesrin Emektar	Ditib Lüdenscheid
---------------------	-------------------

**Verwaltung:**

Bürgermeister Dieter Dzewas  
 Beigeordneter Thomas Ruschin  
 Frau Gudrun Abendroth  
 Herr Stefan Frenz  
 Herr Andreas Hostert  
 Frau Kerstin Kotziers  
 Herr Franz Schulte-Huermann  
 Herr Ralf Ziomkowski  
 Herr Lothar Matzner  
 Herr Ralf Ziomkowski  
 Herr Lothar Matzner  
 Frau Dagmar Plümer  
 Herr Stefan Weippert

**Schriftführung:**

Frau Ramona Kielgast

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU
Ratsherr Rüdiger König	CDU
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Ratsfrau Barbara Tünsmeier	SPD
Frau Martina Kunze	FDP
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.
Herr Matthias Wagner	Bündnis 90/Die Grünen

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Hans-Ludwig Knau	
Herr Marco Sawatzki	Fraktionslos
Frau Dorothee Schiller	Fraktionslos
Herr Prof. Günter Spies	
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos

## **Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Frau Kalliopi Georgiadou

Internationale Liste der SPD

### **Verwaltung:**

Herr Dierk Gelhausen

Herr Tim Begler

Frau Dr. Susanne Conzen

Herr Dr. Eckhard Trox

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:23 Uhr

### **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Keine Wortmeldung

### **2. Integriertes Handlungskonzept Altstadt Lüdenscheid; hier: Änderungen zum Zuwendungsantrag Vorlage: 191/2015**

---

Bürgermeister Dzewas bittet Herrn Frenz und Herrn Matzner um Erläuterung des Sachstandes. Herr Frenz bezieht sich auf die eingebrachte Beschlussvorlage 191/2015, mit der die Verwaltung vorschlägt, den Beschluss des Rates zum Integrierten Handlungskonzept (IHK) Altstadt Lüdenscheid vom 20.04.2015 in Teilen zu modifizieren und in veränderter Form umzusetzen. Die vorgelegten Änderungen haben auf drei Teilmaßnahmen Auswirkungen. Zum einen geht es um eine Verlagerung des Teilstandortes Volkshochschule (VHS) in der Knapper Straße. Das IHK sieht vor, den Bereich Gesundheitsbildung im Kulturhaus unterzubringen, die übrigen Kurse sollen in dem zu errichtenden Neubau der Musikschule an der Staberger Straße abgebildet werden. Im Rahmen der Weiterentwicklung des IHK hat sich gezeigt, dass es für die VHS suboptimal sein wird, zukünftig von drei Standorten aus zu agieren. Darüber hinaus hat der Fördermittelgeber gezielt nachgefragt, ob die Fülle von Maßnahmen bezogen auf die Veranstaltungsräumlichkeiten der Kultur- und Bildungseinrichtung tatsächlich notwendig ist. Darauf hat die Verwaltung eine Expertise erstellen lassen, die zu dem Schluss kam, dass es in der Stadt Lüdenscheid ein Überangebot von Veranstaltungsflächen in diesem Sinne gibt. Dementsprechend musste die Verwaltung darauf reagieren und diese Maßnahmen im IHK weiterentwickeln. Daraus hat sich ergeben, dass nun beabsichtigt ist, die gesamte Fläche der VHS, die zurzeit in der Knapper Straße vorhanden ist, im Kulturhaus abzubilden. Das hat zur Folge, dass die Räumlichkeiten, die zurzeit dort vorhanden sind, nämlich der Rote Saal, der Violette Saal und der Grüne Saal, zukünftig für VHS-Zwecke genutzt werden sollen. Dieses ist in der Beschlussvorlage dargestellt und mit Kosten belegt.

Nach dem Versenden der Beschlussvorlage hat am vergangenen Donnerstag in dieser Sache eine Information der Fraktionen stattgefunden und Freitag wurde per E-Mail eine weitere Information zur Verfügung gestellt.

Die von der CDU-Fraktion gestellten Anträge liegen den Ausschussmitgliedern in schriftlicher Form vor.

Die Ausführungen von Herrn Frenz werden von Herrn Matzner ergänzt. Er führt aus, dass der Fördermittelgeber die beabsichtigten Änderungen positiv aufgenommen hat, insbesondere die vorgesehene Mischung aus Bildung und Kultur auf engstem Raum. Durch die nun vorgesehenen Veränderungen im Kulturhaus ergibt sich die Möglichkeit einer Förderung der Maßnahmen in der Stadtbücherei, um die dortigen Veranstaltungsräume zu ertüchtigen.

Der Vorsitzende Ratsherr Adam ruft den Antrag 1 der CDU-Fraktion auf. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. (Anmerkung der Schriftführerin: die interfraktionelle Sitzung hat am 29.10.2015 stattgefunden, nicht am 29.11.2015.)

Ratsherr Voß kündigt die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Antrag 1 unter der Voraussetzung an, dass dem Antrag 2 zugestimmt wird. Ansonsten mache Antrag 1 keinen Sinn. Er hält die in dem Antrag enthaltene Begründung nicht für ausschlaggebend, sondern den Prüfauftrag für die Nutzung der Alten Post.

Ratsherr Bodenheimer gibt bekannt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Antragstellung anschließen kann.

Ratsherr Breucker sieht zwei gute Optionen für die räumliche Unterbringung des VHS-Betriebes. Mit Blick auf die Unterbringung eines Teils der VHS im Kulturhaus sei ihm ein gutes Konzept wichtiger als einmalige Mehrausgaben, wodurch möglicherweise auch Personalkosten eingespart werden können. Zum anderen gibt es die Option, dass die VHS komplett in der Alten Post untergebracht wird. Deshalb ist seine Fraktion damit einverstanden, dass die Nutzungsmöglichkeit der Alten Post überprüft wird. Weitere Entscheidungen können erst bei Vorlage des Prüfberichtes erfolgen.

Ratsherr Holzrichter fragt nach der Differenz zwischen den Zahlen für den Neubau, die einerseits in der Beantwortung der Anfragen zur letzten Kulturausschusssitzung genannt wurden und andererseits den Zahlen in der nun vorliegenden Beschlussvorlage. Herr Frenz teilt mit, dass die Zahl in der Beschlussvorlage die aktuellere ist. Sie ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu Grunde zu legen, ist aber immer noch nicht 100%ig belastbar. Dazu werde es im weiteren Projektverlauf kommen.

Ratsherr Oettinghaus hält Antrag 2 der CDU für konsensfähig, Antrag 1 wäre somit obsolet.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam lässt über den Antrag 2 der CDU-Fraktion abstimmen. Bürgermeister Dzewas schlägt vor, den Prüfauftrag insoweit abzuändern, dass die Verwaltung eine Überprüfung so umfänglich wie möglich vornehmen sollte. Bei der jetzigen Formulierung verzichtet man auf die Überprüfung einer Komplettunterbringung der VHS in der Alten Post. Eine Reduzierung der Möglichkeiten kann im Nachhinein immer noch vorgenommen werden. Des Weiteren hält er eine Überprüfung der Räumlichkeiten in der Gesamtverwaltung für zu umfänglich, der Prüfauftrag sollte diesbezüglich konkretisiert werden. Der Bürgermeister erinnert daran, dass für eine Nutzung der Alten Post durch die VHS auf jeden Fall Umbauten erforderlich werden. Diese seien, da das Gebäude denkmalgeschützt ist, mit den Denkmalbehörden abzustimmen. Ebenso sei der Fördermittelgeber in das Verfahren einzubeziehen. Bürgermeister Dzewas hält die vorgeschlagene Variante für interessant und eine dahingehende Prüfung für sinnvoll und schlägt vor, der Anregung der ehemaligen Bürgermeisterin Lisa Seuster zu folgen und im Rahmen einer Bürgerveranstaltung das Ergebnis der Überprüfung transparent zu machen.

Herr Frenz teilt mit, dass in dem Gebäude in der Vergangenheit bereits erhebliche Umbaumaßnahmen vorgenommen worden sind im Zuge der Umnutzung für die Musikschule. Insofern ist die Originalsubstanz in weiten Teilen gar nicht mehr vorhanden, weshalb Umbaumaßnahmen für eine Nutzung durch die VHS aus Sicht der Denkmalpflege möglich erscheinen. Der Vorsitzende Ratsherr Adam ergänzt, dass er bei einer Ortsbesichtigung festgestellt habe, dass in dem Gebäude vorwiegend Rigipswände vorhanden sind. Diese sollten ohne Bedenken entfernt oder umgesetzt werden können.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Bodenheimer ergänzt Herr Frenz, dass eine verbindliche Auskunft dazu zurzeit nicht gegeben werden kann. Es muss, wie in dem Verfahren üblich, zu-

nächst das Benehmen mit dem LWL-Amt für Denkmalpflege hergestellt werden. Seiner Einschätzung nach sollten die erforderlichen Maßnahmen genehmigungsfähig sein.

Ratsherr Weiß erklärt, dass es der CDU-Fraktion bewusst ist, dass eine Nutzung der Alten Post durch die VHS nicht ohne Umbaumaßnahmen möglich ist. Seine Fraktion lege allerdings Wert darauf, dass die Kosten dafür so niedrig wie möglich gehalten werden. Dem pflichtet Bürgermeister Dzewas bei. Des Weiteren sei für Ratsherrn Weiß für die zukünftige Nutzung der Alten Post eine Überprüfung durch die Denkmalbehörde selbstverständlich, unabhängig von der Art der weiteren Nutzung. Er stimmt dem Bürgermeister zu, dass der Prüfauftrag sowohl umfänglicher als auch präziser formuliert werden sollte. Ratsherr Weiß schlägt vor, den zweiten Punkt (umfängliche Raumplanung) aus dem Antrag herauszunehmen.

Bürgermeister Dzewas schlägt vor, den Prüfauftrag wie folgt zu formulieren:

Die Verwaltung wird beauftragt, explizit zu prüfen:

- ob die Unterrichtsräume der VHS, die zurzeit in der Knapper Straße untergebracht sind, die nach dem Ratsbeschluss vom 20.04.2015 im Neubau der Musikschule am Staberg untergebracht werden sollen, alternativ in der Alten Post eingerichtet werden können (inkl. Kostenschätzung für Umbaumaßnahmen);
- ob bei einer solchen Konstellation der Fördermittelgeber das Fördergebiet um den Bereich der Alten Post erweitern würde (auch dieser Standort ist schließlich altstadtnah und nicht weiter vom VHS-Haupthaus entfernt als der geplante Neubau am Staberg und es würde eine Bestandsimmobilie genutzt, was dem Fördermittelgeber bekanntlich sehr wichtig ist).

Darüber hinaus soll der Politik für die weiteren Beratungen in diesem Zusammenhang eine Raumplanung vorgelegt werden, welche Funktionen aus der Verwaltung einschließlich der Einrichtungen zukünftig wo untergebracht werden sollen und welche Maßnahmen (Kosten) und auch Einsparungen (evtl. Entmietung oder Veräußerung aktuell genutzter Immobilien) daraus resultieren.

Ratsherr Holzrichter legt Wert darauf, dass in den Antrag aufgenommen wird, dass möglichst mit einem vertretbaren Aufwand Barrierefreiheit herzustellen ist. Weiter weist er nochmals darauf hin, dass in der Beantwortung des Fragenkataloges die Aussage enthalten ist, dass die Alte Post für die Unterrichtsräume der VHS ungeeignet ist. Aus diesem Grund warnt er vor zu großer Euphorie. Bürgermeister Dzewas stellt klar, dass diese Aussage unter der Prämisse getätigt wurde, dass eine Nutzung der Alten Post durch die VHS ohne Umbau erfolgen sollte. Außerdem weist er daraufhin, dass für jegliche Baumaßnahmen der öffentlichen Verwaltung Barrierefreiheit hergestellt werden muss. Frau Abendroth ergänzt, dass die Herstellung der Barrierefreiheit für die Alte Post ohnehin Bestandteil des IHK ist. Herr Matzner teilt mit, dass der Fördergeber Maßnahmen zur Schaffung der Barrierefreiheit begrüßt und in der Regel finanziell fördert. Ebenso weist er nochmals auf das festgestellte Überangebot an Veranstaltungsräumen in der Stadt hin. Sollten die Unterrichtsräume aus der Knapper Straße in die Alte Post und nicht ins Kulturhaus verlagert werden, wird die Förderung für den Umbau zur Ertüchtigung des Marktes in der Stadtbücherei entfallen, da weitere Veranstaltungsräumlichkeiten in der Stadt nach der Auffassung des Fördermittelgebers nicht nötig sind und insofern nicht gefördert werden können.

Ratsherrn Breucker ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Entscheidung über die zukünftige Nutzung der Alten Post ohnehin zu treffen ist, da das Gebäude nach dem Auszug der Musikschule einer neuen Nutzung zugeführt werden muss. Dabei sind Auflagen des Denkmalschutzes zu berücksichtigen, ebenso der Vorbeugende Brandschutz. Maßnahmen zur energetischen Sanierung werden durchgeführt werden müssen und Barrierefreiheit ist

herzustellen. Im Fall einer Nutzung durch die VHS kommen ggf. VHS-spezifische Anforderungen hinzu. Er bezeichnet dies als schwierige Entscheidung und sieht daher anders als Ratsherr Holzrichter weder Anzeichen noch Anlass für Euphorie.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, explizit zu prüfen:

- ob die Unterrichtsräume der VHS, die zurzeit in der Knapper Straße untergebracht sind, die nach dem Ratsbeschluss vom 20.04.2015 im Neubau der Musikschule am Staberg untergebracht werden sollen, alternativ in der Alten Post eingerichtet werden können (inkl. Kostenschätzung für Umbaumaßnahmen);
- ob bei einer solchen Konstellation der Fördermittelgeber das Fördergebiet um den Bereich der Alten Post erweitern würde (auch dieser Standort ist schließlich altstadtnah und nicht weiter vom VHS-Haupthaus entfernt als der geplante Neubau am Staberg und es würde eine Bestandsimmobilie genutzt, was dem Fördermittelgeber bekanntlich sehr wichtig ist).

Darüber hinaus soll der Politik für die weiteren Beratungen in diesem Zusammenhang eine Raumplanung vorgelegt werden, welche Funktionen aus der Verwaltung einschließlich der Einrichtungen zukünftig wo untergebracht werden sollen und welche Maßnahmen (Kosten) und auch Einsparungen (evtl. Entmietung oder Veräußerung aktuell genutzter Immobilien) daraus resultieren.

Ratsherr Voß lässt als Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses über den Antrag 2 mit den vorgenannten Änderungen abstimmen:

**Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Ratsherr Adam lässt als Vorsitzender des Kulturausschusses über den Antrag 2 mit den vorgenannten Änderungen abstimmen:

**Abstimmungsergebnis Kulturausschuss:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**Beschluss:**

Die Beschlussvorlage 191/2015 wird zurückgezogen.

Ratsherr Adam lässt als Vorsitzender des Kulturausschusses über den Antrag 1 abstimmen:

**Abstimmungsergebnis Kulturausschuss:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Ratsherr Voß lässt als Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses über den Antrag 1 abstimmen:

**Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Bürgermeister Dzewas betont erneut, dass die Öffentlichkeit in die weiteren Informationen und Beratungen über den Fortgang der Pläne einbezogen werden soll. Ratsherr Weiß erinnert daran, dass die Ausschusssitzungen für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Er zieht für die CDU-Fraktion den Antrag 3 bis zur Vorlage des Prüfungsergebnisses zurück.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam trägt Antrag 4 der CDU-Fraktion vor. Ratsherr Voß bittet im Namen der SPD-Fraktion den Antrag bis zu Vorlage des Prüfungsergebnisses zurückzustellen.

Auf Bitte von Herrn Bürgermeister Dzewas erläutert Herr Matzner, dass der Fördermittelgeber mit der Ertüchtigung weiterer Veranstaltungsräume einverstanden und insofern auch eine Förderung möglich wäre, wenn der Stadt Lüdenscheid der Nachweis der Auslastung der vorhandenen Veranstaltungsräume gelänge. Dieser Nachweis sollte möglichst kurzfristig möglich sein und beinhalten, dass eine Auslastung der Veranstaltungsräume um ca. 50% gesteigert werden kann. Nur in diesem Fall sieht er eine Möglichkeit, dass der Fördermittelgeber eine Förderung für Maßnahmen an weiteren Veranstaltungsräumen, in diesem Fall für den Markt der Stadtbücherei, bewilligen wird.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam betont, dass die Auslastung der Veranstaltungsräume im Kulturhaus in den letzten Wochen hoch war, sodass er keine Zweifel hat, dass das Kulturhaus weiterhin belebt werden kann. Ratsherr Breucker begrüßt diese Äußerung und interessiert sich für die Anzahl der Vermietungsanfragen, die aufgrund bereits besetzter Räume abgelehnt werden mussten. Dies würde auf einen zusätzlichen Bedarf hinweisen. Ratsherr Bodenheimer zitiert einige Passagen aus der Einlassung von Herrn Crummenerl zu dem Thema. Er bewertet diese Einlassung kritisch und bittet insgesamt um eine sachlichere Argumentation.

Ratsherr Oettinghaus dankt Ratsherrn Adam für seine korrekten und sachlichen Ausführungen. Er sieht die Möglichkeit für eine Wiederbelebung der Kulturhausräume, bittet jedoch um die Rückstellung des Antrages, bis die Prüfungsergebnisse zu den Nutzungsmöglichkeiten der Alten Post vorliegen. Ratsherr Kahler spricht sich dafür aus, dass in jedem Fall versucht werden sollte, die Auslastung im Bereich des Vermietungsgeschäftes zu erhöhen. Er sieht bei den Veranstaltungsräumen im Kulturhaus viele Vorzüge gegenüber den Räumen in anderen Häusern. Er sieht die Gefahr, dass Vermietungsräume, die jetzt einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden, später nicht mehr für Vermietungen genutzt werden können. Insofern ist diese Entscheidung mit Sorgfalt zu treffen.

Ratsherr Ferber ist der Meinung, dass viele Veranstaltungen, die in der letzten Zeit in einem der Säle des Kulturhauses stattgefunden haben, auch im Bühnenbereich hätten durchgeführt werden können. Er glaubt nicht, dass das Kulturhaus seinen Charakter verliert, wenn für die Säle eine andere Nutzung erfolgt. Allgemein gesehen kann er sich durchaus vorstellen, dass Veranstaltungsräume außerhalb des Kulturhauses stärker genutzt werden und auch die Nutzung des Theatersaals des Kulturhauses intensiviert wird.

Herr Thubauville gibt zu bedenken, dass eine Verbesserung des Vermietungsgeschäftes im Kulturhaus dem Fördermittelgeber rechtzeitig darzulegen sei, damit dieser noch auf die Änderungen reagieren könne.

Ratsherr Holzrichter mahnt unter Bezugnahme auf die Äußerung von Ratsherrn Kahler an, dass es nicht möglich sei, erst Maßnahmen zur Belebung des Vermietungsgeschäftes im Kulturhauses umzusetzen und dann zu überlegen, in welche Räumlichkeiten die VHS umziehen kann, falls die Alte Post für sie nicht geeignet sein sollte. Außerdem ist er der Überzeugung, dass die Veranstaltungen, die im Schreiben des Geschichts- und Heimatvereins aufgeführt sind, nicht ausschließlich im Kulturhaus, sondern auch in anderen Räumlichkeiten in der Stadt hätten stattfinden können. Ebenso hat er Zweifel, dass das Defizit im Vermietungsgeschäft mit der Einrichtung einer Planstelle aufgefangen werden kann.

Ratsherr Weiß ruft in Erinnerung, dass nach der gegenwärtigen Beschlusslage immer noch die Unterbringung der VHS (Knapper Straße) im Neubau an der Staberger Straße vorgesehen ist. Zudem weist er darauf hin, dass nicht nur die CDU-Fraktion, sondern auch Teile der Bevölkerung die VHS nicht in der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule sehen wollten. Des Weiteren ist er überzeugt, dass eine parallele Abarbeitung der Prüfaufträge möglich ist.

Ratsherr Voß weist darauf hin, dass es sich im Fall der Rückstellung des Antrages um eine Verzögerung von einem Monat handelt.

Ratsherr Holzrichter ist der Auffassung, dass einige Personen aus der Bevölkerung, insbesondere ehemalige Kommunalpolitiker, eine Haltung zu den Kultureinrichtungen vertreten, die nicht mehr zur Haushaltssituation der Stadt Lüdenscheid passt. In dieser bewahrenden Haltung sieht er vielmehr eine konkrete Gefahr für die Einrichtungen. Es sei zwingend erforderlich, für den Fortbestand der städtischen Kultureinrichtungen Kompromisse einzugehen. Aus seiner Sicht ist es eher vertretbar, an Äußerlichkeiten als am Programm zu sparen.

Ratsherr Weiß weist darauf hin, dass im Kulturbereich in den letzten Jahren bereits Veränderungen stattgefunden und dass die Einrichtungen durchaus vorzeigbare Einsparungen geleistet haben. Er warnt davor, den Kulturbereich immer wieder auf sein vermeintliches Einsparpotenzial zu reduzieren und dabei die eigentliche Bedeutung der kulturellen Infrastruktur unserer Stadt aus den Augen zu verlieren. Auch falle man mit einer Reduzierung des kulturellen Angebotes in kleinstädtische Strukturen zurück.

Herr Weippert erklärt, dass er nicht pauschal sagen kann, welche Veranstaltungen bzw. Vermietungsanfragen abgelehnt werden mussten. Absagen mussten erteilt werden sowohl für Anfragen für den Theatersaal, also auch für den Roten Saal, weil die Räume belegt waren. Absagen mussten aber auch erteilt werden, weil die Räume für die angefragten Veranstaltungen wegen Personalmangels nicht hergerichtet werden konnten. Unter Berücksichtigung der reduzierten Personalressourcen im Hausmeisterbereich und der Tatsache, dass alle Mitarbeiter im Bereich der Technik Überstunden leisten, sei die Arbeitsleistung in diesem Bereich am Limit. Herr Weippert spricht die unbefriedigende Situation bei der Stelle des Veranstaltungsreferenten/der Veranstaltungsreferentin an. Hier seien seit 2005 sieben verschiedene Mitarbeiter/innen in diesem Bereich tätig gewesen. Ein ständiger Personalwechsel in diesem wichtigen Bereich, der für das Vermietungsgeschäft zuständig ist, wirke sich auch auf den Erfolg in diesem Bereich aus. Bei einer Aufstockung und einer Verstetigung des Personals sieht Herr Weippert Möglichkeiten für eine Einnahmeverbesserung.

Herr Matzner erläutert, dass der Antrag beim Fördermittelgeber Anfang Dezember 2015 zu stellen ist. Bis dahin sollten eine Kostenschätzung und eine Entwurfsplanung vorliegen. Dass dies zeitlich nicht gelingen wird, wurde bereits mit dem Fördermittelgeber kommuniziert, weshalb dieser für die Vorlage dieser Unterlagen eine Nachfrist bis spätestens Mitte 2016 eingeräumt hat. Sollten nun für das Kulturhaus Maßnahmen beabsichtigt seien, die zu einer



höheren Auslastung der Säle führen, wodurch wiederum die Förderung der Maßnahmen zur Ertüchtigung der Veranstaltungsräume in der Stadtbücherei möglich wird, so muss dieser Nachweis ohnehin nachgereicht werden, weil das in der Zeit bis Mitte 2016 nicht gelingen wird. Möglicherweise ist es für den Fördermittelgeber ausreichend, wenn auch nur eine teilweise größere Auslastung im Kulturhaus nachgewiesen wird, z.B. für den Roten Saal. Dann ist eine Unterbringung der VHS in den restlichen Räumen im Kulturhaus wenig sinnvoll.

Ratsherr Breucker betont die Wichtigkeit der Nennung von Zielen und Kennzahlen für die Haushaltsplanungen, die erst erfolgen kann, wenn das Ergebnis des Prüfauftrages für die Alte Post vorliegt.

Die Ausschussvorsitzenden Ratsherren Adam und Voß schlagen vor, Herrn Weippert ohne formalen Antrag zu bitten, Möglichkeiten zur Verbesserung des Vermietungsgeschäftes zu erarbeiten, diese in der Dezember-Sitzung des Kulturausschusses vorzustellen und dann über den Antrag abstimmen zu lassen. Die Ausschüsse sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

### **3. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

Keine Wortmeldung

### **4. Verschiedenes**

---

Keine Wortmeldung

*gez. Norbert Adam*

*gez. Jens Voß*

Vorsitzender  
des Kulturausschusses

Vorsitzender  
des Schul- und Sportausschusses

*gez. Kielgast*

Schriftführer